



Pakistans politische Krise nach Imran Khans Absetzung

Ayyaz Mallick, 10.11.2022

Der abgesetzte pakistanische Staatschef Imran Khan versucht nach dem gescheiterten Attentat auf ihn auch weiterhin, die Macht wiederzuerlangen. Da sein populistisches Projekt gescheitert ist, die traditionellen Parteien diskreditiert sind und sich im Militär Spaltungen auftun, stehen dem Land gefährliche gesellschaftspolitische Verwerfungen bevor. Aufgrund politischer Querelen und Machtgerangels versagen die politischen Eliten auf ganzer Linie und öffnen Räume für gewaltförmige Übergänge.

Der im April 2022 abgesetzte Premierminister Imran Khan wurde am 3. November bei einem Marsch auf die pakistanische Hauptstadt, bei dem Neuwahlen gefordert wurden, Ziel eines Mordanschlags. In der langen Geschichte Pakistans starben bereits mehrere ehemalige Regierungschefs eines gewaltsamen Todes, doch Khan überlebte glücklicherweise mit leichten Verletzungen. Danach beschuldigte er das pakistanische Militär, ihn loswerden zu wollen. Seine aufgebrachtten Anhänger gingen auf die Straßen, häufig vor großen Militäranlagen, und forderten Aufklärung über die Hintergründe des Anschlags. Eine derartige Ablehnung des Militärs hat es in Zentralpakistan seit dem Ende der direkten Herrschaft des Offizierskorps in den Jahren 2007/2008 nicht mehr gegeben.

Um zu verstehen, wie es um das politische Projekt von Imran Khan steht und die jüngsten politischen Turbulenzen im Land einzuordnen, helfen einige historische und theoretische Koordinaten. Hinter den Ereignissen verbirgt sich eine tiefgreifende strukturelle Krise, und weder Khan noch seine Gegner werden in der Lage sein, sie zu lösen.

Ein populistisches Projekt

In vielerlei Hinsicht entsprach das Phänomen Imran Khan in den Jahren nach 2007 der klassischen Definition eines populistischen Projekts. Es gab eine Krise innerhalb des herrschenden Blocks, dessen ideologische, wirtschaftliche und politische Kapazitäten sich erschöpft hatten. Und es entwickelte sich ein Volksaufstand außerhalb dieses Blocks, der sich auf die Mittelschichten konzentrierte, die im Zuge der wirtschaftlichen Liberalisierung entstanden waren. Es kam dabei aber auch zu Überschneidungen mit ärmeren sozialen Gruppen.

Diese Unzufriedenheit, die zwar verbreitet, aber auch oberflächlich war, prägte den Weg des einstigen Cricket-Stars Khans¹ und seiner Bewegung Pakistan Tehreek-e-Insaf (PTI, Pakistan Movement for Justice) an die Spitze des Staates. Die PTI entwickelte ein Programm, das auf religiösem Nationalismus und einem nebulösen "islamischen Wohlfahrtsstaat" basierte, kombiniert mit der Ansage, zielstrebig gegen "Korruption" und die Veruntreuung staatlicher Mittel zu kämpfen. Diese Anti-Korruptions-Rhetorik erinnerte stark an die "Good Governance"-Vorgaben der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF). Khans medienwirksamer Prominentenstatus und sein Charisma standen im Zentrum der Bewegung, doch fehlte es ihr an tieferen organisatorischen und soziologischen Wurzeln.

Khans Partei konnte aufgrund des Ansehens und des Außenseiter-Charakters ihres Vorsitzenden davon profitieren, dass die politische Klasse nach der Rückkehr der Zivilregierung ins Wanken geriet. Vertreter*innen des Großkapitals und der pakistanischen Großgrundbesitzer liefen zur PTI über, und auch das Militär bot seine Unterstützung an. So versammelte sich hinter Khan eine wacklige gesellschaftliche Koalition, die ihn 2018 an die Macht hievte. Die pakistanische Mittelschicht und die aufstrebende junge Bevölkerung blickten hoffnungsvoll auf Khan, doch auch die alteingesessenen und abgewirtschafteten Ordnungshüter aus der Armee und anderen mächtigen Institutionen schlossen sich ihm an. Khans Bewegung absorbierte die Unzufriedenheit der Bevölkerung, neutralisierte aber gleichzeitig ihre weitergehenden potenziell demokratischen Kräfte.

Für eine alternative politische Kraft wäre es äußerst schwierig gewesen, diese Welle der Unzufriedenheit der Mittelschicht in ein fortschrittliches Projekt zu kanalisieren. Denn seit der historischen Niederlage der aufständischen Bewegungen nach den Volkskämpfen der 1960er und 1970er Jahre ist in der pakistanischen Gesellschaft ein patriarchal-militaristischer ideologischer Konsens tief verankert. Khans überlebensgroße, narzisstische Persönlichkeit war eher ein Symptom dieser vorherrschenden Stagnation und Degeneration, als dass sie eine Ursache dafür gewesen wäre. Rückblickend könnte man den Aufstieg von Khans Bewegung als den letzten Versuch der etablierten Ordnung in Pakistan betrachten, sich selbst zu erhalten und die soziale Unzufriedenheit durch einen charismatischen Führer aufzufangen.

Kabale im Militär

Während seiner Amtszeit war Khan nicht in der Lage, eine kohärente organisatorische Basis zu schaffen, die notwendig gewesen wäre, um tiefgreifende strukturelle Reformen des politischen und wirtschaftlichen Systems Pakistans durchzuführen. Stattdessen verließ er sich zunehmend auf das Militär, das die beste organisierte Kraft im regierenden Block des Landes ist.

Durch Intrigen gelang es aktiven und pensionierten Militärs und ihren zivilen Gefolgsleuten, Schlüsselposition zu besetzen. Sie fungierten als Rückgrat für Khans schwache Parteiorganisation und als Einpeitscher, um seine widerspenstigen parlamentarischen Verbündeten im Zaum zu halten. Sie wurden in die Leitung privater und öffentlicher Einrichtungen berufen, einschließlich des Aufsichtsgremiums für den Chinesisch-Pakistanischen Wirtschaftskorridor (CPEC), in den Pakistans Eliten große Hoffnungen gesetzt haben. Und sie spielten eine Schlüsselrolle bei Immobilien-Spekulationen und bei den Sparmaßnahmen, die der IWF verordnete - mit verheerenden Folgen für die breite pakistanische Bevölkerung.

¹ Imran Ahmed Khan war vor seiner Politikerkarriere ein bekannter Cricketspieler. Als Kapitän der Cricket-Nationalmannschaft gelangte er zu Berühmtheit und Popularität, als er 1992 den Cricket World Cup für Pakistan gewann (*Anmerkung des Redaktionsnetzwerk Südasiens*).

Zudem wurde die Amtszeit des Armeechefs, General Qamar Bajwa, im Winter 2019/2020 um drei Jahre verlängert. Dies war ein seltener Moment der Einigkeit zwischen Khan und seinen Gegner*innen, weil alle Seiten in kriecherischer Ehrerbietung gegenüber den Generälen entweder bereits von deren Unterstützung profitieren oder hoffnungsvoll darauf warteten, ebenfalls in den Genuss zu kommen.

Khans Bewegung kompensierte ihren eigenen Mangel an sozialer Dynamik durch geopolitische Gesten im Ausland und nationalistisches Getöse an der Heimatfront, was an die Herrschaft von Recep Tayyip Erdogan in der Türkei erinnerte. Khans Äußerungen gegen die Islamophobie im Westen und die imperialistische Beherrschung von Angehörigen muslimischen Glaubens trafen den Nerv der Bevölkerung, dienten aber letztlich eher dazu, seine Anhänger*innen abzulenken, als sie für ein Engagement gegen die herrschende Machtstruktur in Pakistan zu organisieren.

Am gefährlichsten war, dass Khan reaktionäre, patriarchalische Positionen verstärkte, indem er die Verantwortung für die Gewalt gegen Frauen, einschließlich aufsehenerregender Fälle von Mord und Vergewaltigung, auf alles Mögliche schob, vom "Westen" über Bollywood-Filme bis hin zur angeblich provozierenden Kleidung der Frauen. Unter seiner Herrschaft gingen die willkürlichen Übergriffe des Militärs in den abgelegenen Regionen Pakistans unvermindert weiter, ebenso wie die Einschüchterung von regimiekritischen Aktivist*innen und Medienvertreter*innen, von Medienmogulen bis zu einfachen Reporter*innen. Wie schon unter den Regierungen zuvor schritt die schleichende Privatisierung der öffentlichen Dienste weiter voran.

Früher oder später musste das Bündnis zwischen Khan und dem Militär jedoch zerbrechen. Kein ziviler Premierminister in Pakistan hat es bisher geschafft, an der Macht zu bleiben, nachdem er aus dem Schierlingsbecher der militärisch-zivilen "Partnerschaft" getrunken hatte. Vorübergehend verschaffte die COVID-19-Pandemie der pakistanischen Regierung finanzpolitisch etwas Luft, da Schulden und Zinszahlungen verschoben wurden. Doch gegen Ende 2021 spitzte sich die Lage dramatisch zu.

Das Ende der Allianz

Der IWF erhöhte den Druck zur Durchführung von Sparprogrammen, die Gelder für den CPEC schrumpften, und die Großzügigkeit der USA begann zu versiegen, nachdem die Taliban Kabul plötzlich übernommen hatten. Die Oppositionsparteien, die sich aus dem Machtgefüge ausgeschlossen sahen, wurden zunehmend rebellisch, und innerhalb Khans Partei tobten immer wieder Fraktionskämpfe, insbesondere in der dominierenden Provinz Punjab, in der mehr als die Hälfte der Bevölkerung des Landes lebt.

Ende 2021 kam es zu einem Streit zwischen Khan und dem Armeechef General Bajwa, der bis zu diesem Zeitpunkt der wichtigste Unterstützer und Verbündete des PTI-Führers gewesen war. Bajwa versuchte, den Chef des Geheimdienstes, Generalleutnant Faiz Hameed zu ersetzen, der de facto der starke Mann der Regierung Khan und ihr organisatorisches Zugpferd war. Khan zauderte und widersetzte sich, wobei er andeutete, Hameed eventuell zum nächsten Armeechef zu ernennen, um sich so eine weitere Amtszeit zu sichern.

Doch Bajwa hielt an seiner Entscheidung fest. Die Opposition witterte eine Chance, als sich die Beziehungen zwischen den beiden Männern verschlechterten, und Khans politische Verbündete absprangen. Ein Misstrauensvotum im pakistanischen Parlament zwang ihn dann aus dem Amt. Khan selbst behauptete, er sei das Opfer einer von den USA angestachelten Verschwörung geworden, ein Regimewechsel sei bei einem Treffen zwischen dem pakistanischen Botschafter in Washington und einem Beamten des Außenministeriums vereinbart worden.

Die neue Regierung, geführt von der Pakistanischen Demokratischen Bewegung (PDM), weigerte sich angesichts Khans nach wie vor beträchtlicher Popularität, Neuwahlen anzusetzen, um den Makel der stark manipulierten Wahlen von 2018 loszuwerden. Stattdessen nutzte sie die Machtübernahme, um die Vorzüge des Amtes zu genießen, mit General Bajwa zu kuscheln und ein gewisses Mitspracherecht bei der Ernennung des nächsten Armeechefs zu haben. Zudem setzte sie die Sparpolitik mit der gleichen Rücksichtslosigkeit wie ihre Vorgängerregierung um. Kürzungen der ohnehin schon dürftigen pakistanischen Kraftstoff- und Stromsubventionen verstärkten die rasant ansteigende Inflation, die gleichzeitig durch globale Entwicklungen und die Abwertung der pakistanischen Rupie angeheizt wurde.

Nichts zu verlieren

Khans jüngster Wiederaufstieg ist also keine schlichte Wiederholung seines Aufstiegs nach 2007. Er hat mit dem zielstrebigem Elan eines Mannes, der nichts zu verlieren hat, sofortige Wahlen gefordert. Der entmachtete Premierminister hat sich gegen seine eigenen früheren Gönner aus dem pakistanischen Militär gewandt und sich gleichzeitig die Möglichkeit offen gehalten, mit Verhandlungen durch die Hintertür wieder deren Gunst zu erlangen.

Khans Anhänger wettern einerseits gegen General Bajwa und seine Verbündeten, andererseits flehen sie "patriotische" Generäle an, ihre „Pflicht“ zu tun - mit anderen Worten, Khan wieder an die Macht zu bringen.

Auch innerhalb des Offizierskorps und unter den ehemaligen Soldaten ist eine Spaltung zu beobachten, und viele verurteilen, dass General Bajwa der PTI-Regierung die Unterstützung entzogen hat. Die alte Ordnung im militärisch-industriellen Komplex Pakistans ist zerbrochen. Und die ständig wachsende Zahl der aktiven Offiziere und Pensionäre, die von ihnen Abhängige und Netzwerke von Mittelsmännern stellen eine bedeutende soziale Kraft dar.

Inzwischen hat die PTI mit ihrem Spitzenkandidaten Khan eine Reihe von Nachwahlen für Sitze in National- und Provinzversammlungen mit großer Mehrheit gewonnen. Auch wenn er mit seinem "langen Marsch" nach Islamabad nicht wie erhofft die Massen anziehen konnte, zeigen diese Wahlerfolge, dass Khans Unterstützungsbasis seit seinem Sturz intakt geblieben und im Vergleich zu seiner Position im Jahr 2018 sogar noch gewachsen ist.

Es gibt viele Spekulationen, dass das eigentliche Ziel von Khans Marsch nach Islamabad darin bestand, den Aufstieg seines favorisierten Kandidaten auf den Posten des Armeechefs zu sichern, wenn Bajwa Ende November in den Ruhestand gehen sollte. Das Attentat von letzter Woche könnte daher eine Warnung des militärischen Establishments an Khan gewesen sein, dass er seine Rhetorik mäßigen und seinen Platz in der herrschenden Ordnung kennen sollte. Der mutmaßliche Schütze behauptete nach seiner Verhaftung, aus religiösem Eifer gehandelt zu haben, und beschuldigte Khan und dessen Anhänger*innen der Gottlosigkeit. Die Polizei von Punjab stellte diese Aussage jedoch in Frage und erklärte, der Verdächtige sei drogenabhängig. Aber in einem Kontext von Massenverarmung und Verelendung können derartige Fantasien durchaus auf fruchtbaren Boden fallen, und die skrupellosen Spitzel des pakistanischen Staatsapparats haben bereits in der Vergangenheit solche Überzeugungen für ihre eigenen Zwecke ausgenutzt.

Die kommenden Wochen werden daher eine gefährliche Zeit für Pakistan sein, mit einem von Teilen der Elite fallen gelassenen populistischen Führer, der eine Wählerschaft hinter sich hat, die ihre traditionelle Loyalität gegenüber dem Militär aufgekündigt hat. Auf der anderen Seite scheint die Armee selbst gespalten zu sein - zumindest bis die Ernennung ihres nächsten Chefs geklärt ist.

Strukturelle Krise

Khan ist nach wie vor der beliebteste Politiker des Landes, was vor allem daran liegt, dass seine Gegner käuflich sind. Die traditionellen Parteien Pakistans setzen immer wieder auf die gleichen alten Gesichter und Namen – auf Söhne, Töchter, Neffen - und haben während ihrer eigenen Regierungszeit die Augen vor den Übergriffen der Armee geschlossen. Jede Regierung, die nach der Rückkehr zur Zivilregierung 2008 an die Macht kam, hatte eine schmalere Basis als die vorherige. Und anstatt sich in einer aktiven und alternativen Wählerschaft zu verwurzeln, zogen es die politischen Eliten des Landes vor, die Macht des Militärs zu festigen.

Diese Unfähigkeit der traditionellen politischen Eliten eine gesellschaftliche Basis zu entwickeln, hat ihre Wurzeln in einer langfristigen strukturellen Krise, die auch eine Ursache für das scheinbar ständige Pendeln zwischen ziviler und militärischer Herrschaft ist. Zumindest im vergangenen halben Jahrhundert fehlte es dem herrschenden Block an einem kohärenten Wirtschaftsprojekt, das eine Grundlage für den Reichtum und den Konsens an der Spitze der pakistanischen Gesellschaft schaffen und gleichzeitig der breiten Bevölkerung materielle Verbesserungen bieten konnte. Das von den USA geförderte Modell der importsubstituierenden Industrialisierung war Mitte der 1960er Jahre gescheitert und seither ist nichts an seine Stelle getreten. Ein dauerhaftes überzeugendes politisches und wirtschaftliches Projekt würde in der Tat die Bereitschaft voraussetzen, kurzfristig Opfer zugunsten langfristiger Gewinne zu bringen - etwas, wozu postkoloniale herrschende Eliten wie die pakistanische unfähig waren.

Anstelle einer wirtschaftlichen Entwicklung haben sich die herrschenden Klassen Pakistans auf den Export von Arbeitskräften in großem Stil in Länder wie Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate verlassen. Derzeit arbeiten mehr als neun Millionen Pakistaner*innen im Ausland und schicken Überweisungen nach Hause, die ihre Familien unterstützen und dazu beitragen, das Leistungsbilanzdefizit Pakistans zu verringern. Zwischen Januar und August dieses Jahres beliefen sich die Überweisungen auf über 20 Milliarden Dollar - zum Vergleich: Der pakistanische Staatshaushalt für 2022/2023 beträgt 47 Milliarden Dollar.

Die pakistanischen Eliten haben sich auch auf eine untergeordnete Abhängigkeitsbeziehung zu den USA und anderen Staaten wie Saudi-Arabien eingelassen. Diese historische Rolle als regionaler Gendarm des US-Imperialismus hat das pakistanische Militär zu seiner vorherrschenden Position im nationalen Rahmen verholfen. Imperiale Großzügigkeit und Vermittlung haben immer wieder die Kohärenz des herrschenden Blocks sichergestellt: so haben Beamte aus Washington oder Riad oft Vereinbarungen zwischen sich bekriegenden Fraktionen der pakistanischen Elite vermittelt.

Heute jedoch haben die Vereinigten Staaten ihre Position im benachbarten Afghanistan aufgegeben, um sich auf geopolitische Konfrontationen in Osteuropa und Ostasien zu konzentrieren. Gleichzeitig scheint China den CPEC-Investitionen in Pakistan zunehmend skeptisch gegenüber zu stehen. Ohne die bisherige imperiale Schirmherrschaft stehen die pakistanischen Machthaber nackt da.

Gewaltförmige Lösungen

Antonio Gramsci hat darauf hingewiesen, dass eine Krise manchmal Jahrzehnte dauern kann und unüberbrückbare strukturelle Widersprüche offenbart. Die gegenwärtigen politischen Turbulenzen in Pakistan sind das Ergebnis einer tief verwurzelten und lang anhaltenden Strukturkrise dieser Art. Nur eine politische Kraft mit sozialem Tiefgang und programmatischer Kohärenz kann diese Krise durch eine grundlegende Umgestaltung der sozioökonomischen Ordnung dauerhaft überwinden. Wenn es eine derartige Kraft nicht gibt, kann das ständige Gerangel zwischen den verschiedenen Fraktionen der herrschenden Eliten eines Landes weitergehen und manchmal in einer Sackgasse enden. Die Vereinigten Staaten spielen nicht mehr die gleiche Rolle als imperialer Unterstützer oder Vermittler wie bei ähnlichen Krisen in der Vergangenheit, und Pakistans Beziehung zu China bietet keinen Ersatz.

Wir scheinen also auf die Art von katastrophalem Gleichgewicht zuzusteuern, vor dem Gramsci einst gewarnt hat, bei dem große Teile der Bevölkerung und wichtige Säulen der hegemonialen Ordnung von ihren traditionellen Trägern abgekoppelt werden. Khan, der die vielleicht letzte populäre Figur war, die mit dem herrschenden Block zusammenarbeitete, scheint sich nun hartnäckig dagegen zu wehren. Da die politischen Manöver nicht mehr in der Lage sind, die strukturellen Verwerfungen zu überdecken, tritt laut Gramsci eine Situation ein, in der das Feld "offen ist für gewaltsame Lösungen, für das Wirken unbekannter Kräfte, die durch ‚Männer‘ vertreten werden, die über das weitere Schicksal entscheiden". Jetzt könnte die Zeit der Monster sein.

Übersetzung: Christa Wichterich

Der Autor

Ayyaz Mallick ist Dozent für Humangeographie an der Universität von Liverpool.

Quelle

Der Beitrag erschien am 11. Oktober 2022 in Jacobin

<https://jacobin.com/author/ayyaz-mallick>

V.i.S.d.P.:

Jean Donauer

c/o Bundeskoordination Internationalismus (BUKO)

Sternstr. 2

20357 Hamburg

speak.up@globe-spotting.de

www.globe-spotting.de

Hrsg.: Redaktionsnetzwerk Südasiens

Speak Up! ist eine Medieninitiative des unabhängigen Redaktionsnetzwerks Südasiens in Kooperation mit dem Themendienst Globe spotting



